

75 JAHRE NATO

JAHRZEHNTE EINER EINZIGARTIGEN
TRANSATLANTISCHEN
SICHERHEITSPARTNERSCHAFT

General a. D. Klaus Naumann:
Erinnerungen und Gedanken eines Zeitzeugen

DER AUTOR

General a. D. Dr. h. c. Klaus Naumann

wurde 1939 in München geboren. Er diente von 1958 bis 1999 als Soldat der Bundeswehr, zuletzt als Generalinspekteur der Bundeswehr bis 1996 und dann als Vorsitzender des Militärausschusses der NATO bis 1999. In seine Amtszeit als Generalinspekteur bis Februar 1996 fielen die Reorganisation und Reduzierung der Bundeswehr, die Auflösung und Teilintegration der Nationalen Volksarmee der früheren DDR, die innere Umstellung der Bundeswehr von Heimatverteidigung auf Einsätze im Rahmen von UN und NATO und die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kambodscha, Somalia, Georgien, im Irak und auf dem Balkan. Von Februar 1996 bis Mai 1999 war Naumann als Vorsitzender des Militärausschusses der oberste Soldat der NATO. In dieser Zeit wurde die bis Herbst 2010 gültige Strategie der NATO erarbeitet, es begann die Partnerschaft für den Frieden und die Zusammenarbeit mit Russland, die NATO nahm Polen, die Tschechische Republik und Ungarn auf und es begannen die Operationen in Bosnien und im Kosovo im März 1999. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand im Mai 1999 war er Präsident der Clausewitz-Gesellschaft und der Deutsch-Britischen Offiziersvereinigung. International wurde Naumann unter anderem vom IISS London in dessen Beirat, vom ICRC in Genf als International Advisor und von Kofi Annan in das so genannte Brahimi Panel der Vereinten Nationen berufen, das im Herbst 2000 Vorschläge zur Verbesserung von UN Friedensoperationen vorlegte. Er war dann Mitglied der Internationalen Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS), die im Dezember 2001 ihren Bericht „The Responsibility to Protect“ vorlegte. Ab Mitte Oktober 2008 war er Mitglied der International Commission on Nuclear Non-Proliferation and Disarmament.



Er ist als Ehrenmitglied im Präsidium und Vorstand der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, ist Mitglied im Kuratorium der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, war Mitglied des Kuratoriums der Adenauer-Stiftung und war von 2005 bis 2019 Mitglied des Senats der Deutschen Nationalstiftung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V.
Lennéstraße 11 · 10785 Berlin
Telefon +49 (0) 30/20649134
Fax +49 (0) 30/20649136
info@ata-dag.de

Website: ata-dag.de IG: @dag_yata
Facebook: @DtAtlGes X: @DAGATAGermany
Threads: @dag_yata Youtube: @DtAtlGes
Linked.In: /company/deutsche-atlantische-gesellschaft
Spotify/Apple: Atlantic Talk Podcast

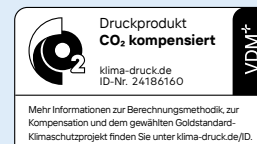
© DAG 2024

Bildnachweise

Bild oben: © DAG,
Seite 4: © OHR Media Department Ljiljana Radetic,
Seite 6: © NATO Photo, Seite 11: © NATO Photo,
Seite 14: © BArch N 875/50, Seite 17: © NATO Photo,
Seite 18: © NATO Photo, Seite 19: © NATO Photo,
Seite 20: © Bundeswehr/Carl Schulze

Gestaltung und Produktion: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Diese Broschüre wurde CO₂-neutral gedruckt.
Die Seiten im Innenteil bestehen zu 100 % aus Recyclingpapier
(Nautilus SuperWhite, FSC®-zertifiziert).



INHALT

Vorwort 4

Prolog 6

75 Jahre NATO

Jahrzehnte einer einzigartigen transatlantischen Sicherheitspartnerschaft

Deutschlands Weg in den Westen 7

Die Entwicklung des strategischen Denkens in der NATO 9

Die NATO von 1949 bis 1952 10

Die Entwicklung nach 1952 11

Die MC 14/2 und die nukleare Teilhabe 12

Die Flexible Response und das Harmel-Konzept 12

Erlebte NATO 15

Epilog: Die Entwicklung seit 2000 und der Blick in die Zukunft 21

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft 23

VORWORT



Am 4. April 2024 beging die NATO ihr 75. Gründungsjubiläum. Seit einem Dreivierteljahrhundert verkörpert sie das Sicherheits- und Verteidigungsbündnis zwischen Nordamerika und Europa, den beiden großen Zentren westlicher Demokratien mit nahezu einer Milliarde Menschen. Die Nordatlantische Allianz ist das größte und erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Das wechselseitige Schutz- und Verteidigungsversprechen gegen äußere Bedrohungen, unabhängig von der Lage, Größe und Bedeutung der Bündnispartner, ist ihr Markenkern. Bündnissolidarität macht jede Nation stärker und sicherer: Einer für alle, alle für einen.

Die NATO begann im Jahr 1949 mit 12 Mitgliedern. Am Ende des Kalten Kriegs 1989 waren es 16, heute sind es 32. Diese Entwicklung spiegelt die sicherheitspolitischen Epochen wider, die das Bündnis durchlaufen, gemeistert und mitgestaltet hat: In den vier Dekaden des Kalten Kriegs sorgte sie für Sicherheit für Westeuropa durch Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt. Dem Fall der Mauer und dem Gewinn der Deutschen Einheit folgte großflächige Abrüstung und die Neuausrichtung der Allianz auf internationale Krisenbewältigung außerhalb der Bündnisgrenzen. Dann erfolgte die Öffnung für neue Mitglieder aus Mittelosteuropa in mehreren Wellen, verbunden mit dem Aufbau einer herausgehobenen Partnerschaft mit Russland und der Ukraine als den beiden Säulen der, wie damals angenommen, neuen euro-atlantischen Sicherheitsordnung. Und schließlich: Seit der Invasion der Krim durch Russland im Jahr 2014, vor allem aber seit Beginn des russischen Großangriffs auf die Ukraine im Februar 2022 baut das Bündnis mit Macht seine volle Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit wieder auf.

Heute steht die NATO vor großen Herausforderungen. Die Verbündeten müssen der Ukraine beistehen, damit sie standhalten, schließlich die Oberhand gewinnen und letztlich ihre territoriale Integrität wiederherstellen kann. Und zugleich müssen sie unter Hochdruck dafür sorgen, dass die NATO so schnell wie möglich voll verteidigungsfähig wird. Angesichts der enormen politischen, militärischen und finanziellen Kraftanstrengung, die dafür notwendig ist, wie auch der Zahl der Krisen und Konflikte auf der Welt, die sich auch auf Europas Sicherheit auswirken, und schließlich angesichts der schwierigen innenpolitischen Entwicklungen in mehreren Bündnisstaaten, in Europa und in Amerika, kommt es vor allem darauf an, dass die Allianz ihre Einheit, Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit wahrt. Vertrauen, Verlässlichkeit und Solidarität unter Verbündeten sind das Fundament ihrer Stärke und unserer Sicherheit.

Die Grundlage dafür wurde vor Jahrzehnten gelegt. Der Kalte Krieg ist zwar Geschichte. Aber angesichts der neuen Bedrohung durch Russland sind die Grundsätze des strategischen Denkens und der operativen Verteidigungsplanung der NATO von damals heute wieder relevant. Es lohnt sich daher, sie genau zu studieren. Und wir Deutsche tun gut daran, uns an den Weg in die westliche Gemeinschaft zu erinnern, vor allem mit wohlwollender Unterstützung der USA, an die zentrale Rolle, die wir seither für die Verteidigungsfähigkeit der NATO in Europa spielen und an die Verantwortung, die daraus für die Zukunft erwächst.

Es ist das besondere Verdienst von General a. D. Klaus Naumann, mit der vorliegenden Schrift zum 75. Geburtstag der NATO dazu einen wichtigen Beitrag zu leisten. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf entscheidende Jahrzehnte der NATO-Entwicklung und die Rolle Deutschlands dabei, die er als Zeitzeuge mit eindrucksvollen eigenen Erlebnissen belegt. Von den 75 Jahren NATO hat General a. D. Naumann 41 Jahre als Soldat der Bundeswehr miterlebt, vor allem aber beide Institutionen in zentralen militärischen Funktionen mitgestaltet, unter anderem als Stabsabteilungsleiter Militärpolitik und Operative Führung im BMVg, als jüngster Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Militärausschusses des Nordatlantikrats in Brüssel und damit also höchster Soldat der NATO. Als Ehrenmitglied im Präsidium und Vorstand hat er mit dieser Schrift der Deutschen Atlantischen Gesellschaft einen großen Dienst erwiesen.



Christian Schmidt

Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina
Bundesminister a. D.
Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft

PROLOG

Die Festschrift „75 Jahre NATO“ habe ich als Zeitzeuge auf Wunsch der Deutschen Atlantischen Gesellschaft geschrieben. Daraus ergibt sich, dass der Schwerpunkt auf den Jahrzehnten des Kalten Krieges von 1949 bis 1989 und des dann folgenden Übergangs in eine veränderte Weltordnung liegt, in der zunächst erfolgreich versucht wurde, mit den ehemaligen Gegnern, einschließlich Russlands, kooperative Sicherheit in einer Zone gemeinsamer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok zu schaffen.

Dieser zunächst erfolgreiche Versuch begann mit dem Kosovo-Konflikt 1999 zu zerfallen und konnte trotz Versuchen der Wiederbelebung in der Spanne der Kriege gegen den Terrorismus ab 2001 in Afghanistan und in der Zeit zunehmenden imperialen Denkens in Russland nicht wieder aufgenommen werden. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beginnt 2022 eine neue Phase der NATO-Entwicklung, die von der Notwendigkeit gekennzeichnet ist, Sicherheit vor Russland zu schaffen, um damit im transatlantischen Raum erneut Frieden durch Abschreckung zu erhalten. Die Zeitspanne ab 2000 wird deshalb aus der Perspektive eines beobachtenden Zeitgenossen beschrieben.

Eine wesentliche Leistung in den 75 Jahren NATO war es, Vertrauen unter Bündnispartnern zu schaffen und zu erhalten. Das gelang in den 40 Jahren des Kalten Krieges, der größten militärischen Konfrontation, die Europa jemals in Friedenszeiten gesehen hatte. Das ist die Leistung vieler Soldaten, Diplomaten und ziviler Mitarbeiter. Sie alle verdienen Dank und Anerkennung, denn nur zu oft war ihr Dienst mit Opfern verbunden. Nach dem nicht zu überbietenden Erfolg, den ein Verteidigungsbündnis jemals erreichen kann, nämlich Frieden zu erhalten ohne einen einzigen Schuss im Krieg abzugeben, galt es ab 1990, bestehendes Vertrauen zu erhalten und neues zu schaffen, nun auch mit den Gegnern von einst, um so kooperative Sicherheit zu erreichen. In beiden Abschnitten waren es im Wesentlichen die Soldaten, die die Hand zur Freundschaft ausstreckten und die somit halfen, Brücken zum Frieden zu bauen.

Deshalb soll diese Festschrift den Soldaten gewidmet sein, die in diesen 75 Jahren in den Streitkräften der NATO gedient, gekämpft, im Dienst gestorben und leider auch gefallen sind. Ihr Vermächtnis ist, dass der Grundsatz der NATO, ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf uns alle, als Wurzel und Basis auch künftiger Suche nach Sicherheit zu erhalten ist.



Der zunächst erfolgreiche Übergang in eine veränderte Weltordnung: Die Zusammenarbeit mit der Ukraine wurde am 9.7.1997 vom Gipfel in Madrid beschlossen. Sitzungen der NATO-Generalstabschefs mit dem ukrainischen Generalstabschef, die zu leiten ich von 1997 bis Anfang 1999 die Ehre hatte, fanden von da an zweimal jährlich statt.

75 JAHRE NATO

Jahrzehnte einer einzigartigen transatlantischen Sicherheitspartnerschaft

Deutschland hat der NATO viel zu verdanken. Schutz im Kalten Krieg bis 1989, Sicherheit während der Gestaltung der Einheit Deutschlands ab 1990 und Schutz vor Gefahr und Instabilität in den überwiegend unruhigen Jahren von 2001 bis heute.

Erinnern wir im Heute globaler Unsicherheit noch einmal das Damals, gehen wir zurück ins Deutschland des Jahres 1949: Noch immer in weiten Teilen zerstört, aber mitten im Wiederaufbau, überbevölkert durch die Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen aus den 1945 verlorenen Gebieten, besetzt von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, unbewaffnet und in Wirklichkeit bereits geteilt, weil die Trennlinie zwischen Ost und West mitten durch Deutschland lief und an ihr eine Sowjetunion lauerte, die ihren Machtbereich bereits bis zur Elbe ausgedehnt hatte und bereit war, ihn bis zum Atlantik zu erweitern. In dieser Lage entstand vor 75 Jahren die NATO als Bündnis zur Verhinderung neuer Kriege in Europa und zum Schutz vor sowjetischer Expansion, es entstanden aber auch, die Teilung Deutschlands zementierend, die Bundesrepublik Deutschland im Westen und die Deutsche Demokratische Republik im Osten.

Ein formales Schutzversprechen für die neue Bundesrepublik Deutschland gab es nicht, es galt Besatzungsrecht. Denn nach Art. 6 des Nordatlantikvertrags hätte lediglich ein Angriff auf die Streitkräfte von NATO-Partnern im besetzten Deutschland den Bündnisfall ausgelöst, nicht aber ein Angriff auf Westdeutschland an sich.

Ich habe von den 75 Jahren NATO 41 Jahre als Soldat der Bundeswehr erlebt. Ich möchte deshalb den erlebten Weg Deutschlands in den Westen sowie das Ringen um Vorverteidigung zum Schutz des westdeutschen Territoriums in einem möglichen Krieg beschreiben und vor allem ausführen, wie auch durch das Zusammenwirken in der NATO das Wunder der Versöhnung mit den Kriegsgegnern im Zweiten Weltkrieg geschehen konnte, als Deutschland im Mai 1955, also gerade einmal zehn Jahre nach dem Ende dieses mörderischen Krieges mit Millionen von Toten auf beiden Seiten Bündnismitglied wurde. Nicht zuletzt in der

NATO wurde das Vertrauen gesät, was dann 1990 möglich machte, dass Deutschland im Einvernehmen mit allen ehemaligen Gegnern des Zweiten Weltkriegs und mit Zustimmung aller Nachbarn zum mächtigsten Staat Europas wurde.

Gesät wurde dieses Vertrauen überwiegend von Soldaten, die sich vor etwas mehr als zehn Jahren möglicherweise im Kampf als Feinde gegenübergestanden hatten und die in dieser völlig neuartigen Organisation nun große Probleme hatten, sich in den Sprachen Englisch und Französisch mit den neuen Kameraden zu verständigen.

Dies ist ein Teil dieser Festschrift zum 75. Jubiläum der NATO. Ein zweiter ist die Entwicklung der NATO-Strategie im Kalten Krieg, gefolgt von Beispielen deutschen Handelns im Bündnis, bevor ein Ausblick auf die Herausforderungen von heute diese Festschrift abschließt.

Deutschlands Weg in den Westen

Der Rückblick auf Deutschlands Weg in den Westen muss mit der Vorgeschichte, also der Erinnerung an das Deutschland bei Kriegsende 1945, beginnen.

Für das zerstörte, besiegte, aufgeteilte und besetzte Deutschland des Jahres 1945 galten die vier D's der Potsdamer Konferenz: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Demontage. Die Menschen im Land hatten andere Sorgen als Außenpolitik. Wer das Jahr 1945 und die Jahre bis 1949 erlebt hat, weiß, dass die Sorge dem Überleben galt, erinnert sich aber auch mit Bewunderung und Dankbarkeit an die unglaubliche Leistung der Kriegsgeneration, vor allem der vielen alleinstehenden Frauen und Mütter, oft Trümmerfrauen genannt. Sie waren es nicht zuletzt, die die Grundlagen für den Wiederaufbau Deutschlands geschaffen haben.

Zum Wiederaufbau zählt aber auch das politische Denken und Handeln der Männer und Frauen der ersten Stunde. Hier seien vor allem Konrad Adenauer und Jakob Kaiser, Theodor Heuss, Carlo Schmid und Kurt Schumacher genannt, die sich in den Trümmern entschieden, einen neuen, demokratischen und souveränen Staat aufzubauen.

Außenpolitisch lag das Schicksal des zerschlagenen Deutschen Reichs voll in den Händen der Siegermächte, deren Harmonie allerdings schon bald den Anfängen des Ost-West-Antagonismus wich, der dann Europa bis 1990 in zwei erstarre Hälften spalten sollte. Deutlichen Ausdruck findet dies in der Einschätzung Adenauers aus dem Jahr 1945: „Russland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Russland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“¹

Für Konrad Adenauer ergab sich daraus die zwingende Notwendigkeit, die Bundesrepublik Deutschland im Westen zu verankern. Ihre Westbindung ist Konrad Adenauers bleibende Leistung. Mit der NATO-Mitgliedschaft ab 1955 wurde sie gesichert und durch Helmut Kohls Drängen auf die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands im Jahr 1990 wurde sie abschließend verankert.

Es gibt Hinweise, dass Adenauer über das Scheitern der EVG nicht allzu betrübt war, weil er wirksamen Schutz vor sowjetischer Expansion nur durch enge vertragliche Bindung an die USA für möglich hielt.

Sie war keineswegs unumstritten. Adenauers innerparteilicher Gegenspieler Jakob Kaiser wollte im Gegensatz zu Adenauer dem Ausgleich mit der Sowjetunion Vorrang geben. Er war dafür sogar bereit, die Neutralität eines künftigen deutschen Staates in dem heraufziehenden Ost-West-Konflikt in Kauf zu nehmen. Kaisers Konzept scheiterte, also die Vorstellung, ein blockfreies Deutschland könnte Brücke sein zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Ost und West und könnte zwischen ihnen Ausgleich und Annäherung bewirken. Der Gedanke aber

blieb erhalten. Man kann in ihm, ohne die Ausformung der Neutralität, eine Wurzel des außenpolitischen Denkens Willy Brandts und schließlich, dann aber bis hin zur Neutralität, auch Egon Bahrs sehen.

Adenauers Denken war nüchterner, aber auch globaler. Er sah, dass nur ein Staat, der auf ähnlichen Werten beruhte wie der von ihm erhoffte neue demokratische deutsche Staat und der die Macht hatte, Deutschland vor sowjetischen Expansionsgelüsten zu schützen, den Wiederaufbau in Sicherheit gewährleisten konnte. Deshalb gab es für ihn keine Alternative zur Bindung an die USA. Aber er sah auch die Gefahr, dass Westeuropa in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde, wenn es in dem heraufziehenden Konflikt der Supermächte nicht mit einer Stimme sprechen würde. Das aber setzte die Versöhnung Deutschlands mit Frankreich voraus. So entstanden die beiden Pole deutscher Westpolitik: Verbindung mit den USA und Bindung an Frankreich. Ersteres würde Deutschlands Wiederbewaffnung verlangen, die aber Letzterem im Wege stehen würde. Adenauer hatte keinerlei Affinität zu militärischer Macht, sah aber pragmatisch, dass Politik nur zu gestalten ist, wenn sich die Menschen sicher fühlen. Nur in Sicherheit würden sie bereit sein, die Opfer des Wiederaufbaus auf sich zu nehmen. Er wusste auch, dass es Souveränität für einen künftigen deutschen Staat nur geben könne, wenn dieser Staat auch über Militär verfügen würde. Deshalb hatte er schon vor 1949 militärischen Rat gesucht und deshalb setzte er als Bundeskanzler 1950 eine Expertengruppe ein, die im Eifel-Kloster Himmerod eine Denkschrift über die Grundzüge einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas zu erarbeiten hatte. Diese Himmeroder Erklärung ist als die Blaupause der Wiederbewaffnung und des Aufbaus der Bundeswehr anzusehen.

Adenauers Außenpolitik wollte also durch Wiederbewaffnung Souveränität erreichen und durch die Westbindung, die zugleich der Bremsklotz für jede Form von Alleingängen und Schaukelpolitik war, wollte er den Deutschen „Freiheit, Frieden und Einheit“ bringen. So sollte ein westdeutscher Staat entstehen, der für die 17 Millionen Deutschen unter sowjetischer Herrschaft wie ein Magnet unwiderstehliche Anziehungskraft entwickeln würde. Jeder Versuch der Sowjetunion, ihren Machtbereich auszudehnen, würde dadurch an der Ablehnung durch die Menschen scheitern. Die Einheit Deutschlands hatte Adenauer nie aufgegeben, aber sie blieb für ihn ein Fernziel, denn er sah sie nur im europäischen Rahmen als erreichbar an. Er verknüpfte also deutsche Anliegen und europäische Interessen und stellte sie unter den Schutzschirm der USA. So konnte er seine Zielsetzung mit dem Wunsch Frankreichs verbinden, deutsche Machtmittel zu kontrollieren. Die USA schufen so die Voraussetzung für die

deutsch-französische Aussöhnung und zugleich für die Europäische Union. Doch solch fernen Zielen stand zunächst die Realität gegenüber, also die völlige Schutzlosigkeit Westdeutschlands.

Wie schutzlos Deutschland war, wird daran deutlich, wie man sich in den USA noch vor Gründung der NATO 1949 die Verteidigung Europas vorstellte. Nur wer sich das vor Augen führt, kann erkennen, welche Leistung es war, aus der völligen Nichtbeachtung deutscher Sicherheitsinteressen schließlich die grenznahe Verteidigung der Bundesrepublik durch das Bündnis zu erreichen. Aus Lord Ismays der Angst vor Deutschland geschuldetem Dictum bei Gründung der NATO: „Keep the Soviets out, the Americans in and the Germans down“ wurde in der NATO des Kalten Krieges: „Keep the Soviets out, the Americans in and make the Germans strong.“ Der Grund dieses Wandels war das im Koreakrieg erkennbare sowjetische Expansionsstreben. Der Wunsch, Westdeutschland in westliche Sicherheitssysteme einzubinden, wurde dadurch immer stärker. Adenauer verknüpfte diese Forderung mit seinem Verlangen, das Besatzungsstatut aufzuheben, obwohl der Gedanke der Wiederbewaffnung heftigste innenpolitische Debatten auslöste und selbst in der Regierung keineswegs unumstritten war. Er erreichte sein erstes Teilziel mit dem Deutschlandvertrag von 1952. Damit wurde der Bundesrepublik zumindest eingeschränkte Souveränität zugestanden. Im Gegenzug begannen die Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden ab Mai 1952. Es sollte ein supranationales Bündnis werden, in dem allerdings nur das deutsche Militär einem integrierten Kommando unterstanden hätte, während die Armeen der Partnernationen fest in der Hand ihrer Hauptstädte geblieben wären. Die Sowjetunion versuchte mit den Stalin-Noten von 1952 und ihrem Angebot der deutsch-deutschen Vereinigung bei Neutralität Deutschlands die sich abzeichnende Westbindung zu verhindern. Doch Adenauer ließ sich nicht beirren, auch nicht durch die erneut vorgeschlagene Idee Jakob Kaisers einer Ost-Orientierung der deutschen Politik. Er lehnte trotz heftiger innenpolitischer Kritik den sowjetischen Vorschlag ab. Der EVG-Vertrag wurde 1954 von der französischen Nationalversammlung nicht ratifiziert, was sicher ein schwarzer Tag für Europa war, aber damit waren die Türen der NATO für Deutschland offen. Es gibt Hinweise, dass Konrad Adenauer deshalb über das Scheitern der EVG nicht allzu betrübt war, weil er wirksamen Schutz vor sowjetischer Expansion nur durch enge vertragliche Bindung an die USA für möglich hielt.

Noch 1954 wurde die Bundesrepublik eingeladen, NATO-Mitglied zu werden. Am 5. Mai 1955 trat sie der NATO und der Westeuropäischen Union bei, verzichtete allerdings auf die Herstellung und den

Strategisches Denken geschah 1949 ohne die Deutschen. Sie hatten keine Streitkräfte und später war es ihnen nach dem Potsdamer Abkommen verboten, einen eigenen Generalstab aufzustellen.

Besitz von ABC-Waffen. Im Gegenzug wurde das Besatzungsstatut aufgehoben, und es wurde, trotz gewisser Vorbehaltsrechte der drei Westmächte, die nahezu vollständige Souveränität der Bundesrepublik erreicht. Adenauers Konzept des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht erzielte somit nur zehn Jahre nach Kriegsende den erstrebten Erfolg. Der westliche Teil Deutschlands war endlich, wie Heinrich August Winkler es genannt hat, im Westen angekommen.

Die Entwicklung des strategischen Denkens in der NATO

Für die NATO, die ihr Hauptquartier erst in Paris und dann ab 1967, nach Frankreichs Rückzug aus der militärischen Integration, in Brüssel hatte, gab es nur ein Ziel: Verhinderung von Krieg im NATO-Vertragsgebiet durch kollektive Verteidigung.

Der rote Faden jedoch, der sich durch die 75 Jahre NATO zieht, ist die Linie, die der britische Militärgeschichtler Basil Liddell Hart und sein französischer Kollege Gaston Bouthoul gezogen haben, als sie sagten: „Wenn du den Frieden willst, verstehe den Krieg“. Das ist mehr als das römische „Si vis pacem para bellum“, denn es verlangt, immer vom Gegner her zu denken, also den Weg zu wählen, den der Gegenspieler nicht ertragen kann.

Strategisches Denken geschah 1949 ohne die Deutschen. Sie hatten keine Streitkräfte und später, bei Wiederbewaffnung, war es ihnen nach dem Potsdamer Abkommen verboten, einen eigenen Generalstab aufzustellen, also eigenständig strategisch zu denken und zu planen. Die Bundeswehr wurde nicht zuletzt deshalb in jeder Hinsicht in die Strukturen der NATO integriert, die Verantwortung für alle strategische Planung wurde dem Bündnis übertragen, die operative Führung deutscher Streitkräfte lag in den Händen alliierter Kommandobehörden.

Die Erarbeitung eines nationalen strategischen Konzepts war somit 1955/56 überflüssig. Das war aus zwei Gründen zunächst auch gut so: Zum einen dauerte es eine Weile, bis die eher an das in den getrennten Dimensionen „Land, Luft, See“ übliche opera-

tive Denken der Wehrmacht gewöhnten Generale und Admirale der Gründergeneration verinnerlicht hatten, dass Deutschland nun Mitglied eines maritimen Bündnisses war. Zum anderen war da die neue, ebenfalls erst zu verarbeitende Dimension der Atomwaffe, deren wesentliches Element seit 1957 war, als neben den USA auch die Sowjetunion über Interkontinentalraketen verfügte, dass mit ihrem Einsatz jeder noch so regionale Konflikt zum globalen Krieg hätte werden können.

Erst in den 60er Jahren und danach entstanden eigenständige Dokumente im Verteidigungsministerium wie die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Militärstrategische Zielsetzung und die Konzeption der Bundeswehr. Sie waren aber selbst dann noch weniger eine nationale Sicherheitsstrategie als auf der Bündnisstrategie aufbauende Planungsdokumente. Ein Vorläufer einer nationalen Sicherheitsstrategie und die erstmalige Definition deutscher nationaler Sicherheitsinteressen entstand erst 1992 im Führungsstab der Streitkräfte.

Das strategische Denken der NATO bei ihrer Gründung wurde von den USA geprägt. Sie hatten mit der sich abzeichnenden Konfrontation mit der ehemaligen Sowjetunion, also noch vor Gründung der NATO, als einzige nuklear bewaffnete, global aktionsfähige Seemacht, die auf der sogenannten ‚äußeren Linie‘ agierte, das Ziel, in einem Krieg die auf der ‚inneren Linie‘ operierende Kontinentalmacht UdSSR mit einer großräumigen strategischen Umfassung einzukreisen, ihre Streitkräfte, aus mehreren Richtungen kommend, zu vernichten und Moskau zu besiegen. Die Entscheidung für Europa suchte man im Nordatlantik, nicht in der norddeutschen Tiefebene. Das ist eine Linie im amerikanischen Denken, die auf Admiral Mahan zurückgeht, die bis zum Ende des Kalten Krieges bestimmend blieb und auch heute noch amerikanisches Denken prägt. In diesem Denken ist der Besitz der europäischen Gegenküste Voraussetzung für die maritime Macht der von zwei Weltmeeren umgebenen USA. Die Verteidigung des europäischen Kontinents ist dabei nachrangig, hält aber Krieg von den USA fern und wird deshalb amerikanisch *forward defense*, also Vorverteidigung der USA, genannt. Für die Deutschen im Bündnis bedeutete dagegen Vorverteidigung immer die Verteidigung so nahe wie möglich an der innerdeutschen Grenze.

Dem militärischen Kräfteverhältnis mit der dramatischen Unterlegenheit der amerikanischen Besatzungstruppen einschließlich der geringen britischen und französischen Kräfte gegenüber den unmittelbar hinter dem Eisernen Vorhang aufmarschierten, zahlenmäßig weit überlegenen und einsatzbereiten sowjetischen Kampfverbänden wie auch dem beschriebenen strategischen Denken der USA entsprachen die ersten, heute weitgehend vergessenen

Operationspläne der USA, HALFMOON und später OFF TACKLE. Sie sahen den Rückzug auf die europäischen Schlüsselzonen Großbritannien, Spanien und das westliche Mittelmeer vor. Aus ihnen heraus, sowie von weiteren Stützpunkten an der indisch-asiatischen Peripherie, sollten in der ersten, der Abwehrphase, Luftangriffe mit Atomwaffen gegen die Sowjetunion geflogen werden. Für den Aufbau einer Streitmacht, die dann anschließend den Gegenangriff bis hin zum Sieg über die Sowjetunion zu führen hatte, rechneten die USA mit etwa zwei Jahren. Diese Planungen waren für die europäischen Partner der USA wegen der damit wahrscheinlichen weitgehenden Zerstörung Europas unannehmbar. Die Europäer forderten deshalb stärkeres Engagement der USA mit konventionellen Kräften in Europa, was Washington mit der Forderung nach eigenen Anstrengungen der Europäer beantwortete. Nach dem Entstehen des Brüsseler Pakts am 17. März 1948 wurde von den westeuropäischen Mitgliedern der „Wiesbaden-Plan“ entwickelt, der die gemeinsame Verteidigung am Rhein und weiter entlang der Rhone bis zum Mittelmeer vorsah und auf amerikanische Verstärkung hoffte. Doch die USA zweifelten, ob dieser Plan ohne zusätzliche Land- und Luftstreitkräfte, zur deren Bereitstellung die Europäer aber offensichtlich nicht bereit waren, erfolgversprechend sein könnte und hielten bis zur Gründung der NATO 1949 an ihrer ursprünglichen Konzeption fest. Erst danach begann die Arbeit an gemeinsamen Planungen.

Die NATO von 1949 bis 1952

Interessant und bezeichnend für eine Facette des strategischen Denkens in der NATO von 1949 bis heute war und ist, dass die USA schon bei Gründung der NATO Wert darauf legten, den verpflichtenden Charakter der Beistandsklausel im Brüsseler WEU-Vertrag abzuschwächen, um nicht automatisch in die Verteidigung Westeuropas hineingezogen zu werden.

Dazu eine vergleichende Gegenüberstellung der Art. 5 der beiden Vertragswerke:

Artikel V des WEU-Vertrags:

„Sollte einer der Hohen Vertragsschließenden Teile das Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa werden, so werden ihm die anderen ... im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten.“

Artikel 5 des NATO-Vertrags:

„... sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs ... jede von ihnen unverzüglich ... die Maßnahmen, ein-



Unterzeichnung der Pariser Verträge 1954: Die Bundesrepublik Deutschland wird eingeladen, der NATO beizutreten.

schließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des Nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten.“

Aus diesem Vergleich ist zu ersehen, dass der WEU-Vertrag sofortige militärische Hilfe vorsieht, eine Bestimmung, die auch in den Maastichter Vertrag der EU übernommen wurde, während der NATO-Vertrag offenlässt, in welcher Weise Beistand geleistet werden soll.

Interessant und heute weitgehend vergessen ist auch, dass die USA sich anfangs energisch gegen eine militärische Organisation wie beispielsweise integrierte Kommandobehörden für die NATO wehrten und nur regionale Planungsgruppen zuließen. Die frühesten militärischen Vorbereitungen für die Verteidigung Westeuropas stammen somit aus dem Brüsseler Pakt. Sie sahen vor, in drei Befehlsbereichen (Nordsee bis Remagen, Remagen bis Basel, Schweiz bis Mittelmeerküste) die Verteidigung entlang von Rhein und Rhone unter britischer und französischer Führung und ohne besondere Rücksichtnahme auf die Belange der gerade entstandenen Bundesrepublik Deutschland zu führen. Diese frühen Vorstellungen waren aber insgesamt eher operative denn strategische Planungen.

Das alles änderte sich fundamental mit dem Korea-Krieg (25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953). Die bisherige Zurückhaltung der USA gegenüber multinationalen NATO-Kommandobehörden wurde aufgegeben. Mit der den USA eigenen Kraft bei der Verfolgung großer Ziele wurde jetzt daran gegangen, dieses Bündnis zu einer effektiven militärischen Allianz auszubauen, einschließlich der Einrichtung integrierter militärischer Oberkommandos der NATO, der Stationierung von sechs US-Divisionen in Deutschland und der Forderung nach Aufstellung deutscher Divisionen.

Die Entwicklung nach 1952

Das erste Strategische Konzept der NATO, das Verteidigungskonzept der „Massiven Vergeltung“ (MC14/1), wurde im Dezember 1952 verabschiedet, doch seine fast alleinige Abstützung auf das amerikanische Nuklearwaffenpotential warf im Lauf der Jahre Fragen auf. Mit dem Verlust des Nuklearmonopols der USA durch die atomare Rüstung der Sowjetunion schwand die Glaubwürdigkeit dieser Strategie zusehend. Angesichts des Kräfteverhältnisses von 18 NATO- zu 82 sowjetischen Divisionen wurde die Massive Vergeltung („Massive Retaliation“) jedoch weiterhin als einzig realistische Chance zur Kriegsverhinderung durch Abschreckung angesehen. Es war eine Abschreckungsstrategie, die dem Gegner die vollständige Vernichtung androhte und dennoch versuchte, das Risiko für die USA zu mindern, indem man sich verstärkt auf taktische, also in Europa stationierte Nuklearwaffen relativ kurzer Reichweite abstützte. Ein „Schild“ aus konventionellen Kräften sollte sowohl die Unversehrtheit der Nuklearwaffen sichern als auch durch Verteilung über die Fläche den Gegner zur Massierung seiner Kräfte zwingen. Diese wären dann durch das nukleare „Schwert“ zu zerschlagen. Dieses Schwert-Schild-Konzept wurde vom NATO-Rat im Dezember 1954 gebilligt. Politisch wurde es auch als „Forward Strategy“ oder Vorwärtsstrategie bezeichnet, um den politischen Willen zu artikulieren, die Verteidigung des NATO-Vertragsgebiets weit vor Nordamerika, also möglichst weit vorne aufzunehmen, obwohl man wusste, dass eine wirkungsvolle grenznahe Verteidigung ohne erhebliche zusätzliche konventionelle Kräfte kaum möglich sein würde. Es blieb de facto also bei der vollen Abstützung auf taktische Nuklearwaffen.

Was deren Einsatz bedeuten würde, zeigte das NATO-Luftmanöver „Carte Blanche“ im Juni 1955, bei dem mit insgesamt 400 Atombomben auf das westeuropäische Frontgebiet gerechnet und eine Verlustrate von 1,7 Millionen getöteter und 3,5 Millionen kampfunfähiger Deutscher kalkuliert wurde. Diese Übung zeigte eine für Europa kaum hinnehmbare Planung, die mit zunehmender sowjetischer atomarer Rüstung vollends unerträglich wurde. Als dann die USA ihre Absicht bekannt gaben, ihre Streitkräfte zu reduzieren, führte das zu erneuten Diskussionen in der NATO, in der nun die 1955 beigetretenen Deutschen immer deutlicher auf grenznahe Verteidigung drangen. Die im Verlauf dieser Auseinandersetzung zwischen Westeuropäern und US-Amerikanern aufgeworfenen Fragen zur gültigen NATO-Strategie veranlassten den NATO-Rat im Dezember 1956 dazu, eine politische Richtlinie für die militärische Planung zu verabschieden. Zwar blieb es grundsätzlich bei der Schwert-Schild-Konzeption, doch sollte der Schild in Zukunft stark genug sein, einen Angriff grenznah ohne

Atomwaffen aufzufangen, damit Zeit für das Nachführen von Reserven zu gewinnen sei, um dann den Krieg unter Einsatz nuklearer Waffen zu beenden.

Die MC 14/2 und die nukleare Teilhabe

Diese politische Vorgabe wurde im März 1957 im NATO-Verteidigungskonzept MC 14/2 festgeschrieben, das allerdings die Diskussion um nukleare Mitbestimmung auslöste. Damals entstand die Idee der sogenannten nuklearen Teilhabe und schließlich 1966 die Nukleare Planungsgruppe (NPG), deren Geschäftsgrundlage die Athener Richtlinien von 1962 wurden. Mit diesen Richtlinien hatte der NATO-Rat erstmals Grundzüge eines Informationsmechanismus erstellt, der nach der MLF-Episode des Jahres 1963 zu einer Klärung der nuklearen Teilhabe führte. Die „Multilateral Force“ (auf Deutsch die Multilaterale Atomstreitmacht) war zur Regierungszeit von John F. Kennedy ein US-amerikanischer Vorschlag von 1963, neben U-Booten auch eine Flotte von rund 25 Kriegsschiffen der NATO bereitzustellen, die jeweils mit U-Bootwaffen des Typs Polaris ausgerüstet werden sollten und über eine Reichweite von 4.500 km verfügten. Raketen und Sprengköpfe sollten gemeinsamer Besitz der beteiligten NATO-Länder sein und unter einem gemeinsamen NATO-Kommando stehen.

Die sowjetische nukleare Aufrüstung in Verbindung mit der Einführung interkontinentaler Raketen erhöhte in den USA die Sorgen um die Gefährdung des eigenen Landes.

Damit sollte den nicht-nuklearen Mächten des Bündnisses, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland gehörte, die Möglichkeit geboten werden, sich am Besitz, dem Bedienungspersonal und der Kontrolle einer Atomstreitmacht zu beteiligen. Diese Idee scheiterte nicht zuletzt am Widerspruch der britischen Regierung und Premierminister Macmillan. Nach diesem Intermezzo ging es nicht mehr um den physischen Mitbesitz, sondern um die Beteiligung am Planungsprozess im Frieden, um damit im Einsatzfall auch eine gewisse Mitbestimmung über Zeitpunkt und Freigabe, im äußersten Falle auch die Verhinderung des Einsatzes der Waffen zu gewährleisten. Die endgültige Entscheidung sollte und musste bei den Nuklearmächten selbst bleiben. Auf Vorschlag der USA wurde dazu im Dezember 1966 die bereits erwähnte NPG gegründet. Wesentliche Aufgabe der NPG wurde

die Erarbeitung von politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen und ihre Umsetzung in der Gesamtstrategie des Bündnisses. Sie fanden ihren Niederschlag in zwei vom NATO-Rat im Dezember 1969 verabschiedeten Dokumenten, die sich zum einen mit allgemeinen Richtlinien für das nukleare Konsultationsverfahren (GPG), zum anderen mit politischen Richtlinien für den möglichen taktischen Ersteinsatz von nuklearen Waffen (PPG) durch das Bündnis beschäftigten.

Die sowjetische nukleare Aufrüstung in Verbindung mit der Einführung interkontinentaler Raketen erhöhte in den USA die Sorgen um die Gefährdung des eigenen Landes und weckte Zweifel an einer sich auf den alleinigen Einsatz von Atomwaffen abstützenden Strategie.

Eines der von da an das Bündnis nicht mehr verlassenden Elemente strategischen Denkens wurde die Frage, ob Ungewissheit über die Reaktion der NATO die Abschreckung stärkt oder nicht. Die Deutschen ahnten, welche Antwort sie bekommen würden, würden sie die USA vor die Alternative stellen, die Vernichtung Bostons für die Verteidigung Hamburgs in Kauf zu nehmen. Sie entschieden sich für Ungewissheit („Uncertainty“) als Element der Abschreckung, obwohl sie gerne Gewissheit gehabt hätten, ob ein Angriff mit biologischen und chemischen Waffen zu einer nuklearen Reaktion führen würde. Deutschland ist damit gut gefahren, denn die Ungewissheit über die Reaktion der Nuklearmächte in der NATO machte es der Sowjetunion unmöglich, ihr Risiko so zu kalkulieren, dass die Nutzung ihrer konventionellen Überlegenheit zur erfolversprechenden Option wurde.

Die Flexible Response und das Harmel-Konzept

Langjährige intensive Diskussionen im Bündnis über die Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung führten im Dezember 1967 zur Billigung einer neuen Militärstrategie, die als Strategie der „Flexiblen Erwiderung“ („Flexible Response“) im Januar 1968 in dem inzwischen legendären Dokument MC 14/3 festgeschrieben wurde.

Mit der „Flexible Response“ verfolgte die NATO im Wesentlichen zwei miteinander zusammenhängende Ziele. Zum einen wollte sie der Lähmung entrinnen, die mit dem „nuklearen Patt“ zwischen den USA und der Sowjetunion entstanden war. Beide verfügten über die sogenannte nukleare „Zweitschlagsfähigkeit“, mit der selbst nach einem vernichtenden atomaren Erstschatz der Angreifer selbst Objekt eines vernichtenden Gegenschlags, des Zweitschlags, würde. Durch diese wechselseitig gesicherte

Vernichtungsfähigkeit, der „Mutual Assured Destruction“ (MAD), neutralisierten sich beide strategischen Nuklearpotentiale. Die Territorien der USA und der Sowjetunion wurden so beide praktisch zu „Sanktuarien“. Dies führte strategisch gesehen zur Abkoppelung des europäischen Kriegsschauplatzes vom US-amerikanischen Nuklearschutz, eine für Westeuropa unannehmbare Entwicklung, denn es wäre faktisch weiter der nuklearen Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt gewesen. Diese Entwicklung führte letztlich auch zur Geburt der Force de Frappe Frankreichs und dem Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO. Der französische Präsident De Gaulle glaubte nicht an die amerikanische nukleare Schutzzusage. Frankreich wollte sich nuklear selbst schützen können.

Zum zweiten wollte man davon loskommen, im Fall eines großen militärischen Konflikts quasi automatisch Nuklearwaffen einsetzen zu müssen und wollte die sogenannte nukleare Schwelle erhöhen. Zugleich sollte ein Aggressor aber weiter fürchten müssen, dass die NATO erforderlichenfalls Kernwaffen einsetzen würde, jedoch sollten die möglichen Ziele, der Zeitpunkt und die Umstände eines Einsatzes im Ungewissen bleiben. Dazu wollte die Allianz über ein breites Spektrum an konventionellen und nuklearen Optionen verfügen, das dem Gegner die Aussichtslosigkeit eines möglichen Angriffs verdeutlichen sollte.

Die Abschreckung wirkte bei dieser Strategie auf drei Ebenen: der konventionellen, der taktisch-nuklearen und der strategischen. Starke konventionelle Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NATO sollten fähig sein, in einer zusammenhängenden Vorverteidigung einen Angriff aufzuhalten oder sogar abzuwehren und so den Krieg beenden. Sollte dies nicht gelingen, hätte der wohlüberlegte, „vorbedachte“, selektive nukleare Einsatz dem Aggressor vor Augen führen sollen, dass er bei weiterer Eskalation das Risiko der Selbstvernichtung einging und besser den Krieg beenden sollte. Zweck der Atomwaffen war also nicht, den Mangel an konventionellen Kräften auszugleichen, sondern das Risiko der Vernichtung der Heimat dem Aggressor aufzubürden. Das ist der Unterschied zum heutigen Denken Russlands hinsichtlich seiner taktischen Atomwaffen, das diese Waffen als Mittel der Kriegsführung sieht und deren frühzeitigen Einsatz auf dem Gefechtsfeld plant. Das westliche Denken, Atomwaffen als politische Mittel der Kriegsverhinderung und Kriegsbeendigung anzusehen, führte zu dem Dilemma, dass die Westeuropäer im Fall eines Atomwaffeneinsatzes der NATO einen frühzeitigen Einsatz auf sowjetischem Gebiet als angemessen ansahen, die USA die Antwort aber eher im Bereich des militärischen Vorfeldes der Sowjetunion, also auf dem Gebiet der nicht-sowjetischen Warschauer Pakt-Staaten,

anstreben. Auch dazu blieb die NATO bewusst unscharf und konnte das auch nicht zuletzt dank der britischen, vor allem aber der französischen Atomwaffen. Über deren Einsatz entschieden die Regierungen in London und Paris. Für die Sowjetunion entstand daraus weitere Unkalkulierbarkeit über mögliche westliche Reaktionen.

Wir hätten eben noch mehr vom Gegner her denken müssen, aber die Idee eines von Anfang an atomar geführten Krieges war mit unserem Denken des Krieges nicht vereinbar.

Dennoch blieben diese Grundgedanken Konstante im strategischen Denken der USA. Nukleare Einsätze auf sowjetischem Territorium wollten die USA so lange wie möglich vermeiden, um das Risiko, selbst zum Ziel zu werden, zu minimieren. Die Westeuropäer hielten dagegen eine rasche Kriegsbeendigung letztlich nur durch nukleare Eskalation für erreichbar dann, wenn sowjetisches Territorium, also das Gebiet des eigentlichen Angreifers, selbst getroffen würde, bevor ein konventioneller Krieg Deutschland oder halb Europa vernichten würde. Wie ich später ausführen werde, erreichte diese Auseinandersetzung einen Höhepunkt im Frühjahr 1989, als zum ersten Mal in der Verfahrensübung WINTEX der „Follow-On Use“, also der Folge-Einsatz nach erfolglosem Ersteinsatz von NATO-Atomwaffen geübt wurde.

Mit der „Flexible Response“ schob sich aber auch ein neues Element der Strategie in den Vordergrund, nämlich Eskalation und Eskalationsdominanz als Instrument eines Angreifers, um die anfängliche Reaktion des Verteidigers zu überwinden. Die mit Eskalation verbundenen Dilemmata auf Seiten der NATO, insbesondere der bereits angesprochene Gegensatz zwischen Westeuropäern und US-Amerikanern blieben, wurden aber bewusst nie in den Vordergrund geschoben, auch weil wir annahmen, dass die Sowjetunion in Sachen Eskalation ähnlich dachte. Heute wissen wir, dass das unsere größte Fehleinschätzung im Kalten Krieg war, denn zumindest bis etwa 1986 sahen die Angriffspläne der UdSSR Atomwaffeneinsatz in Europa bereits am ersten Tag eines Krieges vor, sicher eine Folge sowjetischen Denkens, das immer Überraschung als Element von Strategie und Operation betont hatte. Wir hätten eben noch mehr vom Gegner her denken müssen, aber die Idee eines von Anfang an atomar geführten Krieges war mit unserem Denken des Krieges nicht vereinbar. In der Nachschau wissen wir auch, dass wir zwar relativ gut mit Eskalation umgehen konnten, aber sicherlich Schwächen in der

De-Eskalation, hatten, ein Instrument, das unersetzlich ist, will man Eskalation im Krisenmanagement zur Konfliktverhinderung nutzen.

Gleichzeitig wurde im Dezember 1967 auch die auf dem Harmel-Bericht² fußende neue politische Zielsetzung des Bündnisses verabschiedet. Bemühung um Entspannung zwischen Ost und West auf der Basis gesicherter Verteidigungsfähigkeit – diese Doppelstrategie sollte künftig das politische Handeln der NATO bestimmen. Mit Erfolg, wie zunächst der anfänglich vom Westen nicht gewollte Helsinki-Prozess bewies, der 1973 mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki begann und 1975 zur Schlussakte führte, in der sich 35 Staaten aus Ost und West u. a. zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten und zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bereit erklärten. Dieser Prozess machte es der Sowjetunion unmöglich, ihre Lüge vom Scheitern des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, führte über die Jahre zu einer Reihe von Abkommen über Vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet und ebnete den Weg, an dessen Ende der Zusammenbruch des Warschauer Pakts und die deutsche Vereinigung standen.

Der Aufbau der Bundeswehr aus dem Nichts kann als eine der Erfolgsgeschichten der alten Bundesrepublik Deutschland gesehen werden.

Um die nuklear-taktische Option der Allianz weitgehend auszu-schalten, führte die Sowjetunion in den 70er Jahren operativ neue Konzepte für schnelle raumgreifende Angriffe und auf der nuklearen Ebene hochmobile und damit weitgehend unverwundbare, mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattete und in ihrer Reichweite auf Europa begrenzte neue Raketen, die SS-20, ein. Bei Einsatz von eigenen Gefechtsfeldwaffen drohte damit den europäischen Partnern die nukleare Vernichtung, doch gleichzeitig signalisierte die UdSSR damit den USA, dass sie Nuklearkrieg auf Europa begrenzen wollte. Des Weiteren machte sie aber den strategischen Fehler, durch die von Admiral Gorskow forcierte Marine-rüstung die Seemacht USA auf deren ureigenster ‚Spielwiese‘ herauszufordern.



Eine Zeit voller Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit in der Zone von Vancouver bis Wladiwostok. Im Kalten Krieg nahezu undenkbar: Begegnungen mit russischen Soldaten, wie hier einige Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, waren Teil der Bemühungen um wachsendes Vertrauen.

Die Allianz antwortete Anfang der 80er Jahre dreifach:

Zum Ersten verbesserte sie die konventionelle Verteidigungsfähigkeit durch neue, hochmobile Waffensysteme.

Zum Zweiten plante sie über die Vorneverteidigung hinaus die zweite Strategische Staffel des Warschauer Paktes schon bei ihrer Zuführung aus der Tiefe des russischen Raumes zu bekämpfen. Follow-on-Forces-Attack (FOFA) nannte sich das operative Konzept, sicher ein Versuch, den Faktor Raum in die erstarrte operative Welt des Kalten Krieges zurückzubringen. Darüber hinaus wurde das „Concept of Maritime Operations“ (CONMAROPS) entwickelt, um die Lebenslinien der Allianz über den Atlantik zu schützen.

Zum Dritten versuchte das Bündnis, angeregt durch Bundeskanzler Helmut Schmidt, die nukleare Bedrohung durch die sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen SS-20 zu neutralisieren und beschritt dazu mit seinem NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 einen neuen Weg. Die Forderung nach vertraglich kontrollierter Rücknahme der sowjetischen „Vorrüstung“ verband sich, sofern die Sowjetunion dazu nicht bereit war, mit dem Beschluss, selbst weitreichende, d. h. das Territorium der Sowjetunion erreichende Nuklearwaffen in Westeuropa als „Nachrüstung“ aufzustellen. Dieser Vorschlag war die vielleicht bedeutendste strategische Idee des Kalten Krieges, denn sie gab dem Westen die Initiative zurück. Ich weiß aus dem Mund von Präsident Gorbatschow, dass der Doppelbeschluss der eigentliche Wendepunkt im Kalten Krieg war. Der Nachteil allerdings war, dass die nukleare Abrüstung damit mit denjenigen Waffen auf unserer Seite begann, die deutschen strategischen Interessen am besten entsprachen. Es war somit nicht zuletzt die Festigkeit der Regierung Helmut Kohl und damit die Stationierung von

Pershing-2-Mittelstreckenraketen und bodengestützten Marschflugkörpern, die den Erfolg in dieser größten Konfrontation brachten, die Europa je in Friedenszeiten erlebt hatte. Sie brachte schließlich den Sieg im Kalten Krieg, sie beendete die Spaltung Europas und sie führte zum Einsturz der erstarrten bipolaren Weltordnung. Die Vereinigung Deutschlands war die logische Folge dieser entschlossenen Antwort der NATO.

Die Wirklichkeit der bipolaren Ordnung sei noch einmal in Erinnerung gerufen, auch weil sie belegt, dass Deutschland sein Ziel, das Bundesgebiet so weit vorne wie möglich zu verteidigen, erreicht hatte:

Durch Deutschland lief ein mehr als 1.200 Kilometer langer Zaun bestückt mit Sprengfallen und Tag und Nacht von den Grenztruppen der DDR überwacht. Dahinter lagen fünf Kilometer tiefe Sperranlagen. Berlin, geteilt durch eine unmenschliche Mauer, lag als Leuchtturm des Westens im sozialistischen Meer. Die alliierten Pläne zum Schutz Berlins, durchaus unter Mitwirkung der Bundeswehr, waren unter dem Schutzwort „Live Oak“ ein sorgsam geschütztes Geheimnis. Auf westlicher Seite fuhrn alliierte Truppen Patrouillen, der Bundesgrenzschutz lief Streife an der innerdeutschen und tschechoslowakischen Grenze, uniformierte Soldaten der Bundeswehr durften nicht näher als einen Kilometer an die Grenze heran. Der Luftraum wurde lückenlos durch die NATO überwacht. In der Ostsee und an ihren Ausgängen waren gefechtsbereite NATO-See- und Seeluftstreitkräfte rund um die Uhr im Einsatz und im Atlantik wie im Mittelmeer hielten NATO-Seestreitkräfte die überlebenswichtigen Seeverbindungslinien offen. Zu Lande standen im Westen neun Armeekorps aus sieben NATO-Staaten, darunter die drei Armeekorps des deutschen Heeres, zur grenznahen Vorverteidigung bereit. Eine zum Teil in Deutschland stationierte französische Armee war Heeresgruppenreserve, zwei alliierte Luftflotten waren zur Unterstützung der Abwehr bereit und die geballte Seemacht der NATO sollte im Nordatlantik die Seeverbindungen nach Nordamerika offenhalten, über die im Kriegsfall hunderttausende nordamerikanische Truppen zur Verstärkung nach Europa gebracht werden sollten. Mehr als 10.000 Atomwaffen waren in der alten Bundesrepublik Deutschland gelagert und dazu tausende Tonnen chemischer Munition der USA. In der DDR gab es ähnliche Lager, die gelagerten Mengen waren vermutlich ähnlich groß oder größer. Dort standen fast 500.000 Mann sowjetische Streitkräfte, die so genannte Westgruppe der Truppen und im Frieden etwa 160.000 Mann Nationale Volksarmee (NVA) mit ihren sechs aktiven und fünf zusätzlichen binnen 48 Stunden einsatzbereiten, aber mobil zu machenden Reserve-Divisionen. In der Tschechoslowakei (CSSR) waren zwei Armeen der CSSR zum Angriff bereit, dahinter standen sowjetische Truppen. In Polen hatten polnische Truppen den Auftrag, in einer

Seelandung Schleswig-Holstein zu nehmen, und an die Beachtung der Neutralität Österreichs durch den Warschauer Pakt glaubten nur diejenigen, die auch nach 1991, nach Bekanntwerden der 1986 zwar geänderten, aber bis 1988 bestehenden, auch umfangreichen atomaren Ersteinsatz vorsehenden sowjetischen Angriffspläne, alle Angriffsabsichten des Warschauer Paktes in Abrede stellten.

Das Ziel beim NATO-Beitritt 1955, Deutschland so weit vorne wie möglich zu verteidigen und in beachtlichem Maße Mitsprache bei der Planung atomarer Einsätze zu haben, war erreicht worden. Vor allem aber war Vertrauen entstanden, Vertrauen in eine verlässliche Bundesrepublik Deutschland, die ihre Verpflichtungen erfüllte und den Verbündeten die Gewissheit vermittelte, dass dieses Deutschland im Falle eines Krieges verlässlich kämpfen würde, auch wenn der Angriff sich scheinbar „nur“ gegen Verbündete richten würde. Eine der Grundlagen dieses Vertrauens war die Bundeswehr, die zusammen mit den US-amerikanischen Streitkräften in Deutschland das Rückgrat der Verteidigung Mittel-Europas geworden war. Der Aufbau der Bundeswehr aus dem Nichts kann als eine der Erfolgsgeschichten der alten Bundesrepublik Deutschland gesehen werden, die dann in der Herausforderung der Deutschen Einheit und dem fast vier Jahre dauernden Prozess des Aufbaus der Armee der Einheit und des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland ihre größte Bewährungsprobe bestand.

Das Deutschland des Kalten Krieges lebte den Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen“. Daraus entstand die Basis, die es dann allen Verbündeten erlaubte, ohne Furcht dem Machtzuwachs Deutschlands durch die Vereinigung ab 1990 zuzustimmen.

Erlebte NATO

Ich habe in meinen 41 Berufsjahren als Soldat sehr früh schon die NATO erlebt. Von Anfang an erlebte ich die enge Zusammenarbeit mit den US-amerikanischen Streitkräften. Ich diente in der ersten Wehrpflichtarmee eines demokratischen Deutschlands, die es geschafft hatte, die unverzichtbaren Elemente aller Streitkräfte wie vor allem Befehl und Gehorsam aber auch Disziplin beizubehalten und dennoch die Würde des einzelnen Soldaten durch die Kraft des Gesetzes sogar vor der Macht der eigenen Vorgesetzten zu schützen. Gerade dieses Markenzeichen der Bundeswehr war es, das geholfen hat, die unvorhergesehene, aber gewaltige Aufgabe der Vereinigung Deutschlands im militärischen Bereich bei der Auflösung und teilweisen Integration von Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR zu bewältigen und Brücken des Vertrauens zu den Gegnern aus dem Kalten Krieg zu bauen.

Das Vertrauen der Verbündeten Deutschlands in der NATO habe ich in meinen verschiedenen Verwendungen immer wieder erlebt und möchte es in diesem Rückblick mit wenigen Erlebnissen belegen, die auch zeigen, dass es möglich gewesen ist, in der NATO nationale Interessen zu wahren und durchzusetzen, auch gegen den wichtigsten Bündnispartner, die USA. Das ist wohl der entscheidende Unterschied zwischen der NATO und dem von der Sowjetunion dominierten Warschauer Pakt: In der NATO wurde kollektiv nach Konsultation entschieden, im Warschauer Pakt entschied die Sowjetunion.

In der NATO wurde kollektiv nach Konsultation entschieden, im Warschauer Pakt entschied die Sowjetunion.

Deutschland hatte dabei stets zu bedenken, dass die Interessen einer globalen Seemacht, den USA, sich nahezu zwangsläufig von den Interessen einer regionalen Kontinentalmacht, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland Schritt für Schritt entwickelte, unterscheiden müssen, es aber Überlappungen geben kann, die im Bündnisalltag herauszufinden waren. Im Falle Deutschlands kam noch dazu, dass der neu entstandene Staat regelrecht lernen musste, mit seiner zunehmenden Macht umzugehen und dabei auch begreifen musste, dass das deutsche Nachkriegsverständnis, internationale Politik sei verrechtlicht und habe kodifiziertem Recht folgend zu handeln, sich nicht mit dem Rechtsverständnis der angelsächsischen Staaten deckt. Für sie entsteht Völkerrecht durch den Gesetzen entsprechendes Handeln. Aus solchem Handeln kann dann Völkerrecht entstehen. Gegen die USA oder gar mit politischen Argumenten in die Befugnisse des NATO-Oberbefehlshabers Europa (SACEUR) oder des atlantischen Oberbefehlshabers (SACLANT) einzugreifen und dazu letztlich die Zustimmung der USA zu erreichen, galt in der NATO des Kalten Krieges durchaus als Königsdisziplin. Ich habe das von meiner ersten NATO-Verwendung als Oberst im Stab des Deutschen Militärischen Vertreters im Militärausschuss (DMV/MC NATO) bis zu meiner letzten Verwendung als Vorsitzender des Militärausschusses (CMC), also als oberster Soldat der NATO, wiederholt erlebt und habe deswegen die USA oft als gütigen Hegemon bezeichnet. Ich habe aber auch erlebt, dass Handeln gegen die USA nur Erfolg haben kann, wenn man die Stimmen der europäischen Staaten mehrheitlich hinter sich hat.

Mein erstes Erlebnis dieser Art fand in der Polen-Krise im Sommer 1981 statt. Ab April 1981 verschärfte sich die Situation in Polen,

die schließlich im Dezember 1981 zur Verhängung des Kriegsrechts führte. Im Sommer 1981 fanden dann große Manöver des Warschauer Pakts im westlichen Bereich der Sowjetunion an der Grenze zu Polen statt. Die beträchtlichen Truppenbewegungen lösten die begründete Besorgnis aus, es handle sich um die Vorbereitung entweder einer Intervention in Polen oder sogar eines Angriffs auf Westeuropa. Der amerikanische Oberbefehlshaber Europa, SACEUR, wollte deshalb die unterste Stufe des NATO-Alarmsystems, „Military Vigilance“, auslösen. Dies hätte mitten in den Sommermonaten und zu Beginn des europäischen Ferienverkehrs durch Deutschland in Nord-Süd-Richtung Truppenbewegungen von mehr als 100.000 Soldaten quer zu den Touristenströmen ausgelöst. Die Bundesregierung wollte die damit verbundene Beunruhigung der Bevölkerung, aber auch die mögliche Missdeutung durch die Sowjetunion nicht. Auch die Mehrheit der europäischen Verbündeten war skeptisch. Zur Vorbereitung einer Sitzung des Militärausschusses, der dem NATO-Rat eine Empfehlung zum Verlangen des SACEUR vorzulegen hatte, wurde eine Arbeitsgruppe auf Ebene von Obersten einberufen. Ich war der deutsche Vertreter in diesem so genannten Staff Planners Meeting mit der Weisung aus Bonn, das Verlangen des SACEUR abzulehnen. Ich musste deshalb noch vor der Sitzung meine europäischen Kameraden aus Nord- und Mitteleuropa von den militärischen Argumenten überzeugen, die gegen einen massiven von West nach Ost gerichteten Aufmarsch sprachen und daraus militärisch ableiten, dass diese verständliche Vorsichtsmaßnahme des SACEUR zu früh käme und möglicherweise kontraproduktiv sein könnte. Damals galt noch, dass auf der Ebene des Militärausschusses nur militärischer Rat für den NATO-Rat entwickelt wurde, dort politische Argumente zu verwenden war eher schädlich. In dieser Lage half das Gewicht Deutschlands als Hauptbetroffener, aber auch das Vertrauen in Deutschland, das es alles tun würde, einen sowjetischen Angriff scheitern zu lassen. Es gelang durch die Unterstützung der mittel- und nord-europäischen Bündnisstaaten, eine Entscheidung des Militärausschusses vorzubereiten, mit der dem Rat empfohlen wurde, den Antrag der USA abzulehnen und zunächst lediglich begrenzte, aber öffentlich nicht sichtbare Schritte zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft anzuordnen. Aus den heute verfügbaren Akten der Politbüros Polens und der früheren Sowjetunion wissen wir, dass dies die richtige Entscheidung war, weil eine sowjetische Intervention zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen war.

Dieses Erlebnis auf der Arbeitsebene des Bündnisses ist ein Beispiel für die vielen Momente, in denen es gelang, Wege zu finden, mit denen die durchaus unterschiedlichen Interessen der USA und der Westeuropäer zu harmonischen gemeinsamen Entscheidungen führten, manchmal eben auch gegen die Interessen der USA.



Das Euro-Atlantic Partnership Council (EAPC) trat ab Sommer 1997 zweimal jährlich auch auf Ebene der Generalstabschefs und geleitet vom Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses zusammen. Dabei wurden Fragen gegenseitiger Sicherheit mit den Nicht-NATO Staaten Europas und Zentralasiens besprochen.

Ich habe in späteren Verwendungen, vor allem als Stabsabteilungsleiter Militärpolitik und damit als deutscher Vertreter in der High Level Group der NATO (HLG), dem Unterorgan der NPG, wiederholt erlebt, dass man die USA bewegen kann, von nationalen Positionen abzurücken. Als weiteres Beispiel dafür nenne ich die Schlussphase der NATO-Übung WINTEX 89 im Februar/März 1989, deren dramatische Zuspitzung und Verquickung mit damals aktueller Politik ich als Stabsabteilungsleiter Militärpolitik im Regierungsbunker im Ahrtal erlebte. Bei dieser Übung war vereinbart worden, erstmals den nuklearen Folge-Einsatz zu üben, also einen zweiten Einsatz von Atomwaffen, wenn der erste Einsatz nicht zum Ende des Krieges gegen die Sowjetunion führen würde. Die Lageentwicklung zeigte einen überraschend schnellen Vorstoß aus Weißrussland, nahezu über Nacht, mehrerer sowjetischer Armeen in den Raum südlich von Berlin. Der Militärausschuss der NATO wollte dem NATO-Rat einen Einsatz von etwa 40 Atomwaffen auf dem Gebiet der früheren DDR südlich von Berlin vorschlagen. Dies geschah zu einer Zeit, in der in Deutschland sehr kontrovers über die Möglichkeit diskutiert wurde, ein Nachfolgesystem für die taktische atomwaffenfähige Artillerierakete Lance zu beschaffen. Das Stichwort hierfür war Follow-On-To-Lance (FOTL). Für die geplante NATO-Ratssitzung des Folgetages sollte die Entscheidung der Bundesregierung bis in die frühen Morgenstunden übermittelt werden. Ich wurde gegen 02:00 Uhr morgens von meinem in der Übung als Stabsabteilungsleiter fungierenden Stellvertreter, Flottillenadmiral Frank, angerufen und gebeten, in den Bunker zu kommen, da der als Verteidigungsminister agierende Parlamentarische Staatssekretär seine Zustimmung verweigerte und mit dem Ausscheiden Deutschlands aus der Übung drohte. Er war der Ansicht, dass

die vermutlich doch unvermeidliche Veröffentlichung eines solchen Szenarios für die erhitzte Diskussion über FOTL sehr negative Folgen haben könnte und wollte deshalb am Morgen die Entscheidung von Bundeskanzler Kohl persönlich herbeiführen.

Mir war schon vor dem Gespräch mit dem Staatssekretär klar, dass der sich abzeichnende Vorschlag des Militärausschusses für Deutschland nicht annehmbar war, auch weil er wegen des unrealistisch schnellen Vorrückens der sowjetischen Truppen militärisch nicht begründbar war. Deutsches Interesse bei der Planung von Nukleareinsätzen der NATO im Krieg war es immer, mit dem Einsatz von Atomwaffen den eigentlichen Kriegsverursacher, also die Sowjetunion, so früh wie möglich zu treffen, um sie damit zur Beendigung des Krieges zu bewegen. Hinzukam, dass die Lageentwicklung militärisch völlig unrealistisch war. In einer Nacht ganze Armeen aus Weißrussland in den Raum Magdeburg zu bewegen war eine Annahme, die der Militärausschuss der NATO niemals hätte zulassen dürfen. Ich habe nicht zuletzt deshalb dem aufgebrachten Staatssekretär vorgeschlagen, mich versuchen zu lassen, die in dieser Frage letzte Entscheidungsinstanz, die USA, zu Änderungen zu bewegen. In zahlreichen, langen Telefongesprächen, in denen ich schließlich bis zur letzten Instanz, dem Übungspräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, in diesem Fall dem Generalstabschef Admiral Crowe, vordrang, gelang es, einen Kompromiss zu finden. Die Zielplanung wurde so verändert, dass neben einigen wenigen Atom-einsätzen im Vorfeld der Sowjetunion zumindest eine Waffe genau auf der Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion eingesetzt werden würde, um damit dem Kriegsverursacher zu zeigen, dass es nun Zeit sei, den Krieg zu beenden oder die Vernichtung der Sowjetunion zu riskieren.

Powell wie Shalikashvili vertrauten mir als Person. Sie wussten, dass ich mein Versprechen halten würde.

Bundeskanzler Kohl, am Morgen unterrichtet, stimmte dem Kompromiss mit der Auflage zu, dass die Übung WINTEX 89 mit der Beratung des NATO-Rats über diesen Folge-Einsatz zu Ende gehen müsse. Das geschah so. Für mich als damaligen Stabsabteilungsleiter FÜS III eine unvergessliche, dramatische Nacht im Regierungsbunker, in der aus der Übung bitterer politischer Ernst wurde. Das Ergebnis war letztendlich nicht nur der Abbruch der Übung, sondern das Ende der WINTEX-Übungen. Dazu erzielte ich nach dem Fall der Mauer im Januar 1990 in Wien die Überein-



In Gegenwart von NATO-Generalsekretär Wörner unterschreiben der französische Generalstabschef, Admiral Lanxade, der SACEUR, General Shalikashvili, und ich am 21.1.1993 in Brüssel das SACEUR-Abkommen, das die Beziehungen zwischen der NATO und dem Deutsch-Französischen Korps, später dem Euro-Korps, regelt.

kunft mit meinem amerikanischen Gegenüber, Generalleutnant Lee Butler, dass Deutschland und die USA gemeinsam dem Militärausschuss vorschlagen würden, die Übungsserie WINTEX zu beenden.

Das scheinbar geringe Entgegenkommen der USA in der geschilderten Übungssituation darf nicht unterschätzt werden. Die USA waren damit das Risiko eingegangen, dass der nächste Schritt des Übungsgegners ein Atomwaffeneinsatz auf amerikanischem Boden hätte sein können. Sie zeigten damit, auch wenn es nur eine Übung war, welche Bedeutung sie dem Zusammenhalt im Bündnis und vor allem dem Schutz des NATO-Vertragsgebiets beimaßen, auch wenn das nicht unbedingt ihrem eng definierten nationalen Interesse entsprach. Die USA haben in dieser letzten Phase des Kalten Krieges wiederholt eigenes Interesse den Interessen einzelner Bündnispartner untergeordnet und sich in hohem Maße hilfsbereit gezeigt.

Als weitere Beispiele hierfür nenne ich den Abzug der chemischen Waffen aus Deutschland, für den ich als Beauftragter der Bundesregierung eingesetzt wurde und zum ersten Mal erlebte, wie schwierig es ist, eine derartige, auf den ersten Blick einfache, Aktion in der Wirklichkeit unseres föderalen Systems möglich zu machen. Erneut hilfreich waren die USA, als wir im Verteidigungsministerium 1992 das Auswärtige Amt zu überzeugen hatten, dass es Zeit sei, einseitig die taktischen Nuklearwaffen der USA, also fast 10.000 Waffen, aus Deutschland abzuziehen. Dies wurde bis Ende 1994 gegen den heftigen Widerstand des amerikanischen Heeres verwirklicht.

Mein letztes Beispiel ist eines aus meiner Zeit als Generalinspekteur der Bundeswehr. Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand hatten beim Gipfel in La Rochelle 1991 entschieden, ein deutsch-französisches Armeekorps unter Einschluss der Deutsch-Französischen Brigade aufzustellen. Dies ging zurück auf einen Vorschlag, den Admiral Lanxade als Berater des Staatspräsidenten im Élysée und ich als Sekretär des Deutsch-Französischen Rats für Sicherheit und Verteidigung im Frühjahr 1991 in Paris entwickelt hatten. Die Entscheidung von La Rochelle löste im Bündnis und in den USA den Eindruck aus, Deutschland wolle seinen Anteil an diesem Korps, also neben der Deutsch-Französischen Brigade eine Division des Heeres, der NATO-Planung entziehen.

Ich habe die Enttäuschung der USA bei meinem Antrittsbesuch als Generalinspekteur im Oktober 1991 in Washington in mehr als ausdrücklicher Weise zu spüren bekommen. Meine Erinnerung an das Gespräch mit Außenminister Baker im State Department vergleiche ich noch immer mit dem in Wildwestromanen beschriebenen Empfinden eines Mannes am Marterpfahl. Meine Versicherung, dass Deutschland über den Weg des deutsch-französischen Korps eine französische Division in die Bündnisplanung einbringen wolle, wurde zur Kenntnis genommen, aber für kaum realisierbar gehalten. Ich vereinbarte deshalb mit dem amerikanischen Generalstabschef, General Powell, am Ende meines sehr kurzen Besuchs, dass wir ein Abkommen dazu gemeinsam mit Frankreich und dem SACEUR erarbeiten würden. Powell stimmte diesem Ansatz zu und wir begannen gegen deutliches Quertreiben britischer Offiziere im Stab des SACEUR eine solche Vereinbarung auszuhandeln. Das Glück war auf meiner Seite, weil der SACEUR inzwischen General

Shalikashvili war, den ich seit vielen Jahren kannte und der in der engen Zusammenarbeit während des Abzugs der chemischen Waffen aus Deutschland zum Freund geworden war. Powell wie Shalikashvili vertrauten mir als Person. Sie wussten, dass ich mein Versprechen halten würde. In einem Prozess, der Monate dauerte und einen nahezu einzigartigen Abschluss fand, haben wir die sogenannte SACEUR-Vereinbarung ausgehandelt. Einzigartig, weil die Schlussverhandlung im amerikanischen Hauptquartier in Stuttgart stattfand. Der französische Generalstabschef Lanxade durfte nicht in das alliierte Hauptquartier in Mons, das französische Außenministerium duldet keine Berührung mit integrierten Kommandobehörden, wohl aber durfte er in das amerikanische Hauptquartier Europa in Stuttgart kommen. Dort trafen Lanxade, Shalikashvili und ich vereinbarungsgemäß ohne Adjutanten zusammen und finalisierten das Abkommen. Gelegentlich hatte ich in dieser Schlussphase eine amüsante Zwischenfunktion, weil ich zeitweise von Lanxade als Dolmetscher vom Französischen ins Englische benutzt wurde. Wir konnten spät in der Nacht die Vereinbarung abschließen. Sie wurde schließlich im NATO-Hauptquartier in Brüssel unterzeichnet. Damit hatte Deutschland sein Versprechen gehalten, eine zusätzliche französische Division für die Planung der integrierten Vorneverteidigung verfügbar zu machen.

Dieses letzte Beispiel zeigt zugleich das Schlüsselement, das sich durch Deutschlands Mitwirkung im Bündnis in der Zeit des Kalten Krieges und der anschließenden, nur bis 2001 dauernden Phase alleiniger amerikanischer Weltgeltung als deutsches Erfolgsrezept erwiesen hat: Deutschland hat Leistung erbracht und gewann dadurch Glaubwürdigkeit, und wir haben Vertrauen erzeugt, weil wir Zusagen und Versprechungen gehalten haben. Das waren die Schlüsselemente, die verstärkt wurden, wenn wir durch offene Information die Bündnispartner überzeugen konnten, vor allem die mittel- und nordeuropäischen, und wir militärische Argumente nutzten. Nur so konnte man die USA und auch Großbritannien überzeugen. Kam dann noch persönliches Vertrauen durch das Verhältnis der handelnden Personen hinzu, dann war der Erfolg greifbar. Durch zahlreiche Beispiele dieser Art entwickelte sich der Leim, der das Bündnis auch in schwierigen Zeiten zusammenhielt und der Deutschland geholfen hat, die Sicherheit vor äußerer Gefahr zu erreichen, die letztlich den großartigen Erfolg der deutschen Einheit ermöglichte.

Auf dieser Basis aufbauend hatten wir bis zum Ende der Amtszeit von Bundeskanzler Kohl die Hoffnung, wir könnten den erreichten Ausgleich mit Russland und die beginnende Freundschaft mit den nichtrussischen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakt so ausbauen, dass daraus haltbarer und dauerhafter Frieden in Europa entstehen könnte.



Am 6. Mai 1999 in Brüssel: Meine Verabschiedung als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses durch NATO-Generalsekretär Solana findet kurz vor Ende des Kosovo-Einsatzes, des ersten Kriegseinsatzes der NATO, statt. Im Vordergrund links Barbara Naumann, meine Ehefrau seit 1964, und nun auf dem Weg zum 21. Umzug.

Wir waren uns allerdings nie völlig sicher, ob diese Entwicklung unumkehrbar sein würde. Deshalb wurde die Bundeswehr verteidigungsbereit gehalten, wenn auch nach einer gewissen Vorbereitungszeit. Zweifel entstanden vor allem durch das immer wieder deutlich werdende Festhalten des russischen Generalstabs am Feindbild NATO. Verstärkt wurden sie nach Putins Rede im Deutschen Bundestag im Jahr 2001, denn von da an sprach Russland nur noch von einer Zone gemeinsamer Sicherheit von Lissabon bis Wladiwostok, obwohl die vertragliche Verpflichtung aus der Charta von Paris eine Zone von Vancouver bis Wladiwostok war, also unter Einschluss der USA und Kanadas.

Ich wurde bei den Beratungen über die Einsätze in den UN-Missionen im früheren Jugoslawien gebeten, für die Dauer dieses Tagesordnungspunktes den Saal zu verlassen.

Für Deutschlands Stellung in der NATO kam ein weiterer Punkt hinzu: Die Konflikte in der Welt von der Besetzung Kuwaits durch den Irak 1991, die Krisen in Afrika und vor allem bis zu den Kriegen im früheren Jugoslawien warfen die Frage auf, ob und wann das vereinte Deutschland sich an friedenserhaltenden und friedens erzwingenden Maßnahmen der Vereinten Nationen beteiligen würde. Die Zurückhaltung in den politischen Parteien, sich dieser Frage zu stellen, war sehr groß. Hinzukam die seit den achtziger Jahren vor allem vom Außenministerium vertretene Rechtsauf-



Unverändert und seit 75 Jahren erfolgreich: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

fassung, deutsche Streitkräfte dürften nur zur Landesverteidigung in Deutschland eingesetzt werden. Die Verbündeten, allen voran die USA, drängten auf deutsche Beteiligung, und die angelsächsischen Rechtsgelehrten ließen deutsche Verweise auf das Grundgesetz, vor allem Art. 65 GG (Richtlinienkompetenz), nicht zu. Sie verwiesen sehr früh auf die Möglichkeiten, die Art. 24 GG öffnet, also zur Wahrung des Friedens die Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Dies war auch stets die Ansicht des Verteidigungsministeriums. Sie würde dann auch in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die deutsche Beteiligung an Operationen in der Adria 1994 Grundlage der Entscheidung, dass Deutschland sich an internationalen Operationen auch außerhalb Deutschlands in festgesetzten Rahmen durchaus beteiligen dürfe. Für die Stellung Deutschlands in der NATO in den neunziger Jahren war das von ausschlaggebender Bedeutung. In der Allianz gilt das Prinzip „Einfluss entspricht der Beteiligung“. Ich habe das als Generalinspekteur bei einer Beratung über Jugoslawieneinsätze in einer Sitzung der Generalstabchefs in Den Haag 1993 in nahezu demütigender Weise erlebt. Ich wurde bei den Beratungen über die Einsätze in den UN-Missionen im früheren Jugoslawien gebeten, für die Dauer dieses Tagesordnungspunktes den Saal zu verlassen.

Deutschland beteiligte sich in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre zunehmend an den NATO-Einsätzen im früheren Jugoslawien und blieb so, trotz bestehender Einschränkungen, ein geachteter und einflussreicher Bündnispartner. Allerdings ist anzumerken, dass die Festlegung Bundeskanzler Kohls: „Keine deutschen Soldaten auf dem Boden Jugoslawiens“ dem serbischen Diktator Milosevic zu lange die Gewissheit gab, er könne ungestraft handeln, weil Deutschland die erforderliche Einstimmigkeit für ein Eingreifen der NATO verhindern würde. Erst der Kosovo-Einsatz im Jahr 1999, der erste wirkliche Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs und zugleich auch meine letzte Mitwirkung an Entscheidungen des Bündnisses, schloss diesen Prozess ab.

Das Bündnis wandelte sich somit innerhalb eines Jahrzehnts von der Verteidigungsallianz des Kalten Krieges zu einer Allianz des kollektiven Schutzes und der Absicherung der Wandlung zu einem Europa der Kooperation. In dieser Zeit bewältigte das Bündnis die Aufnahme neuer Mitglieder und den zunächst erfolgreichen Versuch, ein kooperatives Verhältnis mit Russland zu gestalten. Die Spannungen über das Eingreifen im Kosovo 1999 führten zu Rückschlägen im Verhältnis zu Russland, die allerdings Anfang des neuen Jahrtausends durch eine neue Vereinbarung, die NATO-Russland-Grundakte, ausgeglichen zu sein schienen.

¹ Konrad Adenauer: Briefe über Deutschland 1945–1955. Eingeleitet und ausgewählt von Hans Peter Mensing aus der Rhöndorfer Ausgabe der Briefe, München 1999, S. 30f.

² Benannt nach dem damaligen belgischen Außenminister Pierre Harmel, der die „Special Group“ leitete. Sie erarbeitete die neue politische Zielsetzung der Allianz, die von den Außenministern gebilligt wurde.

EPILOG

DIE ENTWICKLUNG SEIT 2000 UND DER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Die Hoffnung auf ein stabiles Europa und ein kooperatives Verhältnis zwischen NATO und Russland ist nicht in Erfüllung gegangen. Die gegenseitige Entfremdung begann ab 2001, nach dem Einschnitt 9/11 und dem zum ersten Mal in der Geschichte der NATO verkündeten Bündnisfall nach Art. 5 des Nordatlantikvertrags, der so genannte Krieg gegen den Terror. Er führte vor allem zum Einsatz von NATO-Kräften in Afghanistan, in dem die NATO mit zahlreichen Partnern bis 2021 im Einsatz war, aber die gesetzten politischen Ziele nicht erreichen konnte. Der überstürzte Abzug der westlichen Truppen im Sommer 2021 war einerseits Signal, dass man Versprechen des Westens nicht vertrauen könne, und andererseits für Russland der Hinweis, dass, auf welche Handlung auch immer, eine kraftvolle Antwort des Westens nicht zu erwarten war. Russland hatte das ab 2007 Schritt für Schritt getestet, erst in Georgien, dann auf der Krim und schließlich durch acht Jahre schleichenden Kriegs im Osten der Ukraine.

Unter Bruch aller Verträge zur Sicherheit in Europa hatte Russland gewaltsam Grenzen verändert. Die Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit zerbrach so, wichtiger noch, alles Vertrauen in den Partner Russland wurde durch Russlands Präsident Putin für lange Zeit zerstört. Vertrauen aber ist die Grundlage aller Kooperation, ohne Vertrauen Verhandlungen vorzuschlagen, ist ebenso verantwortungslos wie absurd.

Europa ist durch Putins verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in der schwierigsten Lage seit Gründung der atlantischen Allianz. Die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung könnte sich in der Ukraine entscheiden. Europa darf nie vergessen, dass die Fahnen, die in Kiew zu Beginn der „Orangen Revolution“ wehten, die Fahnen der EU waren.

Die abschließende Frage ist deshalb: Gibt es Erfahrungen aus den 75 Jahren, vor allem den ersten 50 Jahren NATO, die noch heute gültig sind?

Ich denke, es gibt sie und nenne als Erstes, Vertrauen zu bilden und zu erhalten, durch Einhalten eingegangener Verpflichtungen und durch gegenseitige, uneingeschränkte Offenheit über Entwicklungen in den Nationen. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Verpflichtung jedes Bündnispartners, 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung aufzuwenden, die nicht zuletzt auf deutsches Betreiben als Hürde für künftige Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2000 aufgebaut wurde. Es gibt EU-Berechnungen, wonach die EU-Staaten seit 2006 die unfassbare Summe von 1.100 Milliarden Euro eingespart haben, weil sie eben nicht 2 % ihres BIP für Verteidigung ausgegeben haben. Das Ergebnis wurde durch Putins Angriffskrieg in der Ukraine für alle sichtbar: Das Europa der EU, einer der größten Wirtschaftsböcke dieser Welt, ist unfähig, sich selbst zu schützen und zu seiner Verteidigung heute abhängiger von den USA, als es im Kalten Krieg war.

Abhängigkeit bedeutet immer Einflusslosigkeit. Verstärkt man die Verteidigungsabhängigkeit dann noch durch Abhängigkeit von Rohstoffen, Düngemittel oder Handelsbeziehungen, deren Wegfall das Überleben gefährden könnten, dann wird ein Land zum Spielball internationaler Politik.

Die Bundesrepublik des Kalten Krieges verstand diese Situation zu verhindern, weil man ihr vertraute. Heute ist das so geboten wie ehemals. In den Jahren nach 2000 brachte sich Deutschland aber durch politische Fehler, getrieben von einer Politik, für die das Wohlfühlen einer alternden Gesellschaft Vorrang hatte, gegenüber Russland und China erneut in die Mittellage zwischen Ost und West, mit der es in seiner Geschichte immer schlechte Erfahrungen gemacht hat. Deutschland verspielte so das einst große Vertrauen, das es in der NATO genossen hatte. Die Verbündeten verstanden nicht, warum Deutschland als reiches Land Europas seine Zusage, 2 % des BIP für Verteidigung auszugeben, bis 2024 einfach nicht eingehalten hat. Sie verstanden auch nicht das deutsche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Libyen-Krise 2011,³ mit dem sich Deutschland gegen seine engsten Verbündeten stellte.

Die nächste Konstante, damit verbunden, ist, an der Westbindung mit großer Entschlossenheit festzuhalten und dazu, wenn nötig, auch Risiken einzugehen, vor allem aber, angemessene Beiträge zu leisten.

Die dritte Lehre aus dem Kalten Krieg ist: Nur in Sicherheit gedeihen Freiheit und Wohlstand. Sicherheit verantwortungslos zu vernachlässigen, um Wohlstand und soziale Sicherheit hemmungslos auszubauen, ohne zu wissen wie dies langfristig zu finanzieren ist, birgt die Gefahr des Scheiterns sogar der Demokratie in sich. Verhindern können dies Staaten nur, die in die Zukunft investieren und ihre Sicherheit nicht vernachlässigen. Ohne Sicherheit ist alles nichts, vor allem kann man ohne Sicherheit keine Wohltaten verteilen.

Nur Staaten, die Sicherheit beachten und in die Zukunft investieren, das ist die nächste Lehre, können Führungsrollen gegenüber anderen europäischen Staaten wahrnehmen und damit den Zusammenschluss der freien Staaten Europas erreichen, der heute, am Beginn der Entwicklung einer neuen Weltordnung, gebotener ist, als er es bei Gründung der EU war.

Das 75. Jubiläum der NATO, der unverändert unersetzlichen und für Deutschland lebenswichtigen atlantischen Allianz, sollte Anlass sein, über diese Punkte nachzudenken, aus ihnen Vorgaben für die Zukunft zu entwickeln und darauf aufbauend dann aus den Lehren des Kriegs in der Ukraine neue Wege in der Entwicklung und Gestaltung künftiger Streitkräfte im atlantischen wie europäischen Rahmen zu finden.

Die NATO sollte als Überschrift für ihre Zukunft als Allianz freier, rechtsstaatlicher Demokratien, deren Tore offenbleiben müssen und die sich den Bedingungen einer sich ändernden Welt anpassen muss, eindeutig und entschlossen bekräftigen, dass ihr Gründungsprinzip „ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf uns alle“ unverändert gilt – dass jeder Bündnispartner zur Verteidigung alle Mitglieder bereit ist und Lasten und Risiken in gleicher Weise teilt. Wenn jeder Gegner weiß, dass jeder Angriff, jeder Versuch, Grenzen mit Gewalt zu verändern, am Ende im Extremfall zu seiner eigenen Vernichtung führen würde, dann ist auch in Zukunft Friede im NATO-Vertragsgebiet garantiert.

³ Am 17. März 2011 forderte der Weltsicherheitsrat in seiner Resolution 1973 u. a. die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen die Truppen des Diktators Gaddafi. Deutschland enthielt sich der Stimme, zusammen mit Russland, China, Brasilien und Indien.

DIE DEUTSCHE ATLANTISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft mit Geschäftsstellen in Berlin und Bonn wurde am 20. März 1956 aus der parlamentarischen Mitte heraus gegründet. Seither ist es unsere Aufgabe, das Verständnis für die Politik und die Ziele der Nordatlantischen Allianz mit Blick auf aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen in der Öffentlichkeit zu diskutieren und zu vertiefen. Wir möchten einer breiten Zuhörerschaft ein Forum für sicherheitspolitische Dialoge bieten.

Unsere Gesellschaft ist durch die Dachorganisation Atlantic Treaty Association (ATA) mit über 30 nationalen Gesellschaften aus den NATO-Mitgliedstaaten und deren Partnern verbunden. Die Gesellschaft ist unabhängig und überparteilich. Sie wird gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

www.ata-dag.de

700

Mitglieder in unserer
Jugendorganisation
„Die Junge DAG“

150

Veranstaltungen im Jahr
deutschlandweit, darunter das
Diskussionsforum „Atlantic Talk“
und die internationale
Sicherheitskonferenz „NATO Talk“

Insgesamt aktive
Mitglieder der DAG:

3.000



Deutsche
Atlantische
Gesellschaft
e.V.

www.ata-dag.de